

Widerrechtlichkeit der Honorarsteigerung infolge einer Absprache zwischen Rechtsanwalt und Mandanten, falls die Steigerung nicht im Verhältnis zum Einsatz des Rechtsanwaltes bzw. zum positiven Ergebnis des Streitfalles steht (Urteil der Vereinigten Sektionen des Kassationsgerichts vom 19.11.2011, Nr. 21585, in <http://www.altalex.com/index.php?idnot=54125>)

Das Urteil der Vereinigten Sektionen gibt Anlass zu einer Betrachtung der geltenden Bestimmungen zum Thema des Anwaltshonorars außerhalb der Richt – und Fixsätze laut Anwaltsgebührenordnung.

Das italienische Zivilgesetzbuch enthält eine allgemeine Regel für das Entgelt, welches Freiberuflern aufgrund ihrer beruflich erbrachten Leistungen zusteht. Es ist dies Art. 2233 ZGB, welcher in erster Linie auf die Honorarabsprache der Parteien verweist. In zweiter Linie wird auf die Gebührenordnungen (wie dies im Falle des Rechtsanwaltes die Regel ist) oder auf die Gebräuchlichkeiten verwiesen. Falls das zustehende Entgelt nicht auf eine dieser Weisen bestimmt werden kann, so wird es durch den Richter bestimmt, nach vorheriger Einholung eines Gutachtens seitens der zuständigen Berufskammer.

Bereits der zweite Absatz des Art. 2233 ZGB besagt nun, dass, in jedem Falle, die Höhe des Entgelts der Wichtigkeit der erbrachten Leistungen und der beruflichen Würde angemessen werden muss.

Der letzte Absatz der besagten Bestimmung (laut Abänderung durch Ges. Nr. 248 vom 04.08.2006) setzt eine wesentliche Formvorschrift fest, da er ausdrücklich die Schriftform für die Gültigkeit von Honorarabsprachen zwischen Rechtsanwälten (u. Rechtsanwärtinnen) und deren Klienten verlangt. Ansonsten ergibt sich die Nichtigkeit von Honorarabsprachen.

Hier gilt es wohl zu bemerken, dass laut der gängigen Praxis kaum schriftliche Honorarvereinbarungen zwischen Rechtsanwalt und Mandanten getroffen werden. In den meisten Fällen ist es in der Praxis einfach so, dass der Rechtsanwalt, zu Beginn seiner Tätigkeit, einen Kostenfond seitens des Kunden verlangt, oder schriftweise seine erbrachten Leistungen – gemäß Anwaltsgebührenordnung – detailliert in Rechnung stellt. Es ist auch kaum der Fall, dass der Mandant einen Kostenvoranschlag über die voraussichtliche Tätigkeit verlangen wird, welcher dann Ausgangspunkt einer Honorarvereinbarung werden könnte. In diesem Sinne stellt sich auch die Frage, ob die wesentliche Formvoraussetzung nur jene Anwaltshonorare betrifft, welche außerhalb der Gebührenordnung (oder zusätzlich zu dieser) stehen (also Honorarabsprachen im engen Sinne), oder allgemein die Vergütungen für die Leistungen, auch wenn sich diese im Rahmen der Gebührenordnung bewegen.

Laut der wörtlichen Auslegung der Bestimmung ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Schriftform nur Honorarabsprachen betrifft, welche sich außerhalb der Gebührenordnung bewegen. Dies ergibt sich aus dem ersten Absatz des Art. 2233 ZGB, welcher zwischen Honorarvereinbarung und Gebührenordnung unterscheidet, im Zusammenhang mit dem letzten Absatz des Artikels, welcher die Folge der Nichtigkeit für den spezifischen Fall der Honorarvereinbarungen der Rechtsanwälte ohne Schriftform vorsieht.

Art. 45 des Verhaltenskodex von Rechtsanwälten, welcher im Sinne des Art. 2233 ZGB Honorarvereinbarungen zulässt, beruft sich ebenfalls auf die Verhältnismäßigkeit dieser Vereinbarungen. Zusätzlich wird auf das Erreichen der gesetzten Ziele verwiesen, während nicht ausdrücklich die Schriftform vorgesehen ist (dies war in der Fassung des Art. 45 vor dem 18.01.2006 der Fall, wo man auch von einem zusätzlichen Entgelt sprach).

Nachdem jede Art von Vereinbarungen mit einer Zielsetzung wirtschaftlicher Natur Verträge im Sinne des Zivilgesetzbuches begründen, scheint es, dass in jedem Falle – trotz des fehlenden ausdrücklichen Verweises – für die Honorarabsprachen gemäß Art. 45 die

Schriftform gemäß dem letzten Absatz des Art. 2233 ZGB gilt. In der Tat verweist Art. 45 in der geltenden Fassung eben auf Art. 2233 ZGB.

Es ergeben sich folgende Überlegungen:

Der Anwalt kann, wie seit jeher, sein Honorar laut Gebührenordnung verrechnen, ohne dass es hierfür einer ausdrücklichen, schriftlichen Vereinbarung bedarf. Er kann aber mit dem Mandanten eine schriftliche Honorarvereinbarung treffen, im Verhältnis zu der Wichtigkeit der Tätigkeit, den zu erbringenden Leistungen und dem Erreichen der Ziele bzw. positiven Ergebnisse.

Der Anwalt kann wahrscheinlich zum Honorar laut Gebührenordnung auch eine zusätzliche (schriftliche) Vereinbarungen treffen (z.B. für den Fall des Erreichens der Ziele). Wiederum muss dies schriftlich erfolgen und angemessen bzw. verhältnismäßig erscheinen. Eine gewisse Problematik scheint sich in den Fällen zu ergeben, wo ausschließlich eine Honorarabsprache getroffen wird, ohne Rücksicht auf die Gebührenordnung, welche ergebnisorientiert ist. In dem Sinne, dass der Rechtsanwalt nur dann belohnt wird, wenn er das positive Ergebnis erbringt. Dies könnte Folgen bezüglich seiner beruflichen Haftung haben, wenn man davon ausgeht, dass die Tätigkeit des Rechtsanwaltes in der Regel nicht die Verpflichtung des Erbringens eines Ergebnisses innehat.

Auf der anderen Seite ergibt sich aus den Bestimmungen die Empfehlung, in jedem Falle die Honorarabsprache schriftlich zu belegen. So besonders in dem Fall, wo der Mandant vor Auftragserteilung eine Art Kostenvoranschlag verlangt. Durch die schriftliche Bestätigung eines Kostenvoranschlages, welcher sich nach der Gebührenordnung richtet (oder auch ein zusätzliches Entgelt gemäß den obigen Bestimmungen beinhaltet), würde sich eine Honorarabsprache gemäß Art. 45 Verhaltenskodex ergeben, welcher somit auch der Formvorschrift des Art. 2233 ZGB entsprechen würde.

Karl Pfeifer